

700833-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen in der Tragwerksplanung – Sanierung des Bildungs- und Schulzentrums Adolph Kolping am Heuchelhof Würzburg – Leistungen der Tragwerksplanung gemäß §§ 49 ff. HOAI - LPH 1-6

OJ S 197/2026 12/10/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kolping-Mainfranken GmbH

E-Mail: info@kolping-mainfranken.de

Rechtsform des Erwerbers: Gruppe öffentlicher Stellen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung des Bildungs- und Schulzentrums Adolph Kolping am Heuchelhof Würzburg – Leistungen der Tragwerksplanung gemäß §§ 49 ff. HOAI - LPH 1-6

Beschreibung: Die Kolping-Schulwerk GmbH beabsichtigt die umfassende Sanierung und zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Bildungs- und Schulzentrums Adolph Kolping am Standort Goerdelerstraße 3 in Würzburg-Heuchelhof. Der Gebäudekomplex umfasst die Adolph-Kolping-Berufsschule - Bau B, eine private Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung, die sich zur größten Förderberufsschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen in Unterfranken entwickelt hat. Weiterhin beinhaltet das Projekt das Kolping Bildungszentrum - Bau A mit Unterbringung unbegleitete minderjährige Ausländerinnen, sowie im Bau C die Kolping Mittelschule mit Heilpädagogischer Tagesstätte. Die Einrichtung begleitet Jugendliche mit besonderem Förderbedarf auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf und erfüllt damit eine bedeutende gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgabe. Gegenstand der Maßnahme ist die energetische, funktionale und bauliche Sanierung des bestehenden Bildungs- und Schulzentrums mit einer Nettogrundfläche von rund 2.900 m² sowie einem Bruttorauminhalt von rund 23.000 m³. Grundlage der Planung ist die langfristige Sicherung eines modernen, wirtschaftlichen und nachhaltigen Schulstandortes für die sonderpädagogische Förderung. Ziel der Maßnahme ist die Schaffung eines qualitätsvollen, alltagstauglichen und inklusiven Lern- und Arbeitsumfeldes, das den Anforderungen von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf sowie des pädagogischen Personals gleichermaßen gerecht wird. Die räumliche Organisation soll moderne pädagogische Konzepte unterstützen und unterschiedliche Lern- und Förderformen ermöglichen. Die Planung berücksichtigt einen wirtschaftlichen mittleren Ausstattungsstandard und hat die Anforderungen der zuständigen Behörden sowie der Fördermittelgeber, insbesondere der Regierung von Unterfranken, einzubeziehen. Besondere Bedeutung kommt den Aspekten der Nachhaltigkeit zu. Hierzu zählen eine kostenbewusste Planung hinsichtlich Errichtung, Betrieb und Instandhaltung, ein ressourcenschonender Einsatz von Materialien, die bevorzugte Verwendung nachhaltiger und schadstoffarmer Baustoffe sowie die energetische Optimierung der Gebäudehülle und der technischen Gebäudeausrüstung. Die Maßnahme ist unter Berücksichtigung sämtlicher einschlägiger Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und anerkannten Regeln der Technik zu planen und

umzusetzen. Hierzu gehören insbesondere die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), der Bayerischen Bauordnung (BayBO), des Baugesetzbuches (BauGB), der Barrierefreiheit gemäß DIN 18040 sowie die einschlägigen Vorgaben des Arbeits-, Gesundheits- und Unfallschutzes. Mit der Sanierung soll der Standort dauerhaft als modernes Bildungs- und Förderzentrum gesichert und an die heutigen sowie zukünftigen Anforderungen einer sonderpädagogischen Berufsbildung angepasst werden. Dabei stehen die pädagogische Qualität, die Nutzerfreundlichkeit, die Nachhaltigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme gleichermaßen im Fokus. Das Projekt wird voraussichtlich in 3 Bauabschnitten im laufenden Betrieb durchgeführt. Die Aufteilung und Trennung sämtlicher Unterlagen sind auf 2 Objekte vorzunehmen.(Gebäude A mit dem Aufwandsträger Kolping-Mainfranken GmbH und die Gebäude B und C mit dem Aufwandsträger Kolping-Schulwerk GmbH). Hier sind u.a. Kostenermittlungen- und Verfolgung, Terminplanung und Fortschreibung, Förderanträge, Leistungsverzeichnisse, Verwendungsnachweise, Rechnungsstellungen etc. gemeint. Vertretend für die beiden Auftraggeber ist Kolping-Mainfranken GmbH. Die Meilensteine zur Umsetzung des Projekts sehen vor: - Leistungsbeginn: 03.2027 - Baubeginn BA 1 : 2. Quartal 2028 - vorbehaltlich der Finanzierungssicherung - Fertigstellung BA 3: 2. Quartal 2031 Die Gesamtkosten des Projektes (KG 300+400) werden auf ca. 16,7 Mio € Brutto prognostiziert, und gliedert sich in folgende Aufteilung der KG: - KG 200 ca 0,03 Mio€ - KG 300 ca. 13.2 Mio€ - KG 400 ca 3.1 Mio€ - KG 500 0,08 Mio€ - KG 600 0,3 Mio € Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen (stufenweise + Bauabschnittsweise) zu beauftragen: Tragwerksplanung, Leistungsphasen 1 bis 6 gemäß §§ 49 ff. HOAI. Die Leistungen werden stufenweise und Bauabschnittsweise beauftragt. Zunächst werden in der 1. Beauftragungsstufe Ba 1 die Leistungsphase 1+2 gemäß HOAI beauftragt. Die Leistungsphasen 3-6 werden stufenweise und Bauabschnittsweise abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

Kennung des Verfahrens: 2f48c19d-f1ac-4310-ae9c-0f7acc1a8c41

Interne Kennung: TWP

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kolpingplatz 1

Stadt: Würzburg

Postleitzahl: 97070

Land, Gliederung (NUTS): Würzburg, Kreisfreie Stadt (DE263)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Ausschlussgründe (namentlich §§ 123, 124 GWB [= Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung], § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) werden dem deutschen Recht entsprechend geprüft.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Sanierung des Bildungs- und Schulzentrums Adolph Kolping am Heuchelhof Würzburg - Leistungen der Tragwerksplanung gemäß §§ 49 ff. HOAI - LPH 1-6

Beschreibung: Die Kolping-Schulwerk GmbH beabsichtigt die umfassende Sanierung und zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Bildungs- und Schulzentrums Adolph Kolping am Standort Goerdelerstraße 3 in Würzburg-Heuchelhof. Der Gebäudekomplex umfasst die Adolph-Kolping-Berufsschule - Bau B, eine private Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung, die sich zur größten Förderberufsschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen in Unterfranken entwickelt hat. Weiterhin beinhaltet das Projekt das Kolping Bildungszentrum - Bau A mit Unterbringung unbegleitete minderjährige Ausländerinnen, sowie im Bau C die Kolping Mittelschule mit Heilpädagogischer Tagesstätte. Die Einrichtung begleitet Jugendliche mit besonderem Förderbedarf auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf und erfüllt damit eine bedeutende gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgabe. Gegenstand der Maßnahme ist die energetische, funktionale und bauliche Sanierung des bestehenden Bildungs- und Schulzentrums mit einer Nettogrundfläche von rund 2.900 m² sowie einem Bruttorauminhalt von rund 23.000 m³. Grundlage der Planung ist die langfristige Sicherung eines modernen, wirtschaftlichen und nachhaltigen Schulstandortes für die sonderpädagogische Förderung. Ziel der Maßnahme ist die Schaffung eines qualitätsvollen, alltagstauglichen und inklusiven Lern- und Arbeitsumfeldes, das den Anforderungen von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf sowie des pädagogischen Personals gleichermaßen gerecht wird. Die räumliche Organisation soll moderne pädagogische Konzepte unterstützen und unterschiedliche Lern- und Förderformen ermöglichen. Die Planung berücksichtigt einen wirtschaftlichen mittleren Ausstattungsstandard und hat die Anforderungen der zuständigen Behörden sowie der Fördermittelgeber, insbesondere der Regierung von Unterfranken, einzubeziehen. Besondere Bedeutung kommt den Aspekten der Nachhaltigkeit zu. Hierzu zählen eine kostenbewusste Planung hinsichtlich Errichtung, Betrieb und Instandhaltung, ein ressourcenschonender Einsatz von Materialien, die bevorzugte Verwendung nachhaltiger und schadstoffarmer Baustoffe sowie die energetische Optimierung der Gebäudehülle und der technischen Gebäudeausrüstung. Die Maßnahme ist unter Berücksichtigung sämtlicher einschlägiger Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und anerkannten Regeln der Technik zu planen und umzusetzen. Hierzu gehören insbesondere die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), der Bayerischen Bauordnung (BayBO), des Baugesetzbuches (BauGB), der Barrierefreiheit gemäß DIN 18040 sowie die einschlägigen Vorgaben des Arbeits-, Gesundheits- und Unfallschutzes. Mit der Sanierung soll der Standort dauerhaft als modernes Bildungs- und Förderzentrum gesichert und an die heutigen sowie zukünftigen Anforderungen einer sonderpädagogischen Berufsbildung angepasst werden. Dabei stehen die pädagogische Qualität, die Nutzerfreundlichkeit, die Nachhaltigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit der Gesamtmaßnahme gleichermaßen im Fokus. Das Projekt wird voraussichtlich in 3 Bauabschnitten im laufenden Betrieb durchgeführt. Die Aufteilung und Trennung sämtlicher Unterlagen sind auf 2 Objekte vorzunehmen. (Gebäude A mit dem Aufwandsträger Kolping-Mainfranken GmbH und die Gebäude B und C mit dem Aufwandsträger Kolping-Schulwerk

GmbH). Hier sind u.a. Kostenermittlungen- und Verfolgung, Terminplanung und Fortschreibung, Förderanträge, Leistungsverzeichnisse, Verwendungsnachweise, Rechnungsstellungen etc. gemeint. Vertretend für die beiden Auftraggeber ist Kolping-Mainfranken GmbH. Die Meilensteine zur Umsetzung des Projekts sehen vor: - Leistungsbeginn: 03.2027 - Baubeginn BA 1 : 2. Quartal 2028 - vorbehaltlich der Finanzierungssicherung - Fertigstellung BA 3: 2. Quartal 2031 Die Gesamtkosten des Projektes (KG 300+400) werden auf ca. 16,7 Mio € Brutto prognostiziert, und gliedert sich in folgende Aufteilung der KG: - KG 200 ca 0,03 Mio€ - KG 300 ca. 13.2 Mio€ - KG 400 ca 3.1 Mio€ - KG 500 0,08 Mio€ - KG 600 0,3 Mio € Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen (stufenweise + Bauabschnittsweise) zu beauftragen: Tragwerksplanung, Leistungsphasen 1 bis 6 gemäß §§ 49 ff. HOAI. Die Leistungen werden stufenweise und Bauabschnittsweise beauftragt. Zunächst werden in der 1. Beauftragungsstufe Ba 1 die Leistungsphase 1+2 gemäß HOAI beauftragt. Die Leistungsphasen 3-6 werden stufenweise und Bauabschnittsweise abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

Interne Kennung: TWP

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kolpingplatz 1

Stadt: Würzburg

Postleitzahl: 97070

Land, Gliederung (NUTS): Würzburg, Kreisfreie Stadt (DE263)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 16/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 30/06/2031

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die

Berufsausübung wird zunächst unter Bezugnahme auf § 44 VgV auf Basis der folgenden

Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: 1.) Basisinformation zum Unternehmen des

Bewerbers (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten) bzw. – soweit zutreffend – zu den an

der Bewerbungsgemeinschaft beteiligten Unternehmen (Name, Sitz, Gründungsjahr,

Kontaktdaten, Leistungsanteil) 2.) Eigenerklärung (soweit zutreffend) der

Bewerbergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung und Benennung desjenigen, der die Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung. 3.) Nachweis über die Berechtigung des vorgesehenen Entwurfsverfassers, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder in Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV) 4.) Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen 5.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB 6.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB 7.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 98c Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz 8.) Für ausländische Unternehmen in Bezug auf die vorstehenden Punkte 5.) bis 7.): Erklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit den vorgenannten gesetzlichen Anforderungen vergleichbar sind. 9.) Erklärung zum Russlandbezug des Bieters / die Bietergemeinschaft sowie von Unterauftragnehmern, Lieferanten oder eignungsverleihenden Unternehmen. 10.) Erklärung über eine eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV). Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er die Weitergabe von Auftragsteilen verpflichtend anzugeben. Eine Benennung der Nachunternehmer erfolgt im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs unter Verweis auf § 36 Abs. 1. S. 1 VgV freiwillig. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen. 11.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe gemäß § 47 VgV), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Nimmt der Bewerber im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 46 VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Satz 1 VgV: Anhand einer Liste der wesentlichen in den letzten 3 Jahren (2023-2025) erbrachten Leistungen wird die prinzipielle Eignung des Bewerbers geprüft. Bei dieser Liste ist je erbrachter Leistung die Angabe des Rechnungswertes (brutto, Kgr. 300+400 DIN 276), der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der Dienstleistungen zu machen. Als prinzipiell geeignet werden Bewerber eingestuft, wenn Sie anhand der zu erstellenden Liste nachweisen können, dass aktuelle Erfahrungswerte bei der Erbringung vergleichbar komplexer Maßnahmen vorliegen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Eignung der Bewerber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird zunächst unter Bezugnahme auf § 45

VgV auf Basis der folgenden Kriterien geprüft, bewertet bzw. beurteilt: Eigenerklärung zu einer Berufshaftpflichtversicherungsdeckung in Höhe von 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 3,0 Mio. EUR für sonstige Schäden im Fall der Zuschlagserteilung. Die Versicherung muss für die gesamte Vertragszeit unterhalten werden. Die Vorlage des Versicherungsnachweises nach Aufforderung ist zwingende Voraussetzung für die Zuschlagserteilung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernenden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 1. Erklärung über den durchschnittlichen Gesamtumsatz netto des Bewerbers in den letzten 3 Jahren von 2023 bis 2025 (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV) – Wichtung 5 %. Die zu vergebenden Punkte werden wie folgt aufgeteilt: - Jahresmittel $\geq$ 500.000 EUR/a (5 Punkte) - Jahresmittel $<$ 500.000 EUR/a und $\geq$ 300.000 EUR/a (2,5 Punkte) - Jahresmittel $<$ 300.000 EUR/a (0 Punkte)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 5,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernenden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 2. Angabe der Beschäftigten der letzten drei Jahre von 2023 bis 2025 für das gesamte Büro des Bewerbers in Bezug auf technisch ausgerichtete Aufgabenbereiche (in Anlehnung an § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV) – Wichtung 5 %. Die zu vergebenden Punkte für technische Mitarbeitende (Ingenieure /Architekten, staatlich geprüfte Techniker, Meister u. ä.) werden wie folgt abgestuft: - durchschnittlich $\geq$ 6 Technische Mitarbeiter (5 Punkte) - durchschnittlich $<$ 6 und $\geq$ 3 Technische Mitarbeiter (2,5 Punkte) - durchschnittlich $<$ 3 Technische Mitarbeiter (0 Punkte)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 5,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: In einem zweiten Wertungsschritt werden zur Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernenden Bewerber nach § 51 Abs. 1 VgV folgende objektive Wertungskriterien herangezogen: 3. Darstellung von maximal 3 Referenzprojekten aus den letzten 5 Jahren von 2021 bis zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang der Teilnahmeanträge gemäß IV.2.2) dieser Bekanntmachung, aus der die Erfahrung des Bewerbers bei Projekten mit vergleichbaren Anforderungen hervorgeht.

Referenzprojekte die vor 2021 in Betrieb genommen wurden, werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Für die Maximalpunktzahl sollten folgende Anforderungen durch die Referenzprojekte erfüllt sein: Referenzprojekt 1 -3: - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Sanierungsmaßnahme im Hochbau - Bei dem Referenzprojekt wurde die Ingenieurtechnische Kontrolle erbracht. - Das Referenzprojekt beinhaltet eine Hallenkonstruktion mit weit gespannten Konstruktionen größer 15 Meter - Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung: Kosten Neubauanteil Kgr. $300+400 \geq 15$ Mio. € brutto - Durch den Bewerber werden mindestens die Leistungsphasen 1-6 gem. § 51 HOAI erbracht. - Derzeitiger Projektstand des Referenzprojektes ist mindestens die Leistungsphase 8 oder

abgeschlossen Die maximal zu erreichende Punktzahl im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sind 100 Punkte (max. 5 Punkte für Gesamtumsatz + max. 5 Punkte für Mitarbeiterzahl + max. 90 Punkte für Referenzprojekte). Die teilweise Erfüllung der vorgenannten Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung. Eine Übersicht ist der „Vergabeunterlagen C – Kriterienkatalog“ zu entnehmen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 90,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personelle Besetzung - Gewichtung 35%

Beschreibung: Personelle Besetzung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Fachtechnische Lösungsansätze - Gewichtung 25%

Beschreibung: Fachtechnische Lösungsansätze

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Strukturelle Herangehensweise an das Projekt/Projektanalyse - Gewichtung 20 %

Beschreibung: Strukturelle Herangehensweise an das Projekt

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorarangebot - Gewichtung 20%

Beschreibung: Honorarangebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen (oder Teile davon) offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av2833d5-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av2833d5-eu>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av2833d5-eu>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/11/2026 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Nicht zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerische haftende Bieter-/Bewerbergemeinschaft unter Benennung desjenigen, der die Bieter-/Bewerbergemeinschaft vertritt. Nachweis der Vertretungsmacht auf Anforderung.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern der Regierung von Mittelfranken

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: — Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). — Bieter und Bewerber können die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses feststellen lassen, wenn der öffentliche Auftraggeber gegen die Informations- und Wartepflicht aus § 134 GWB verstoßen hat oder der Auftrag rechtswidrig ohne vorherige Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben wurde. Wurde der Bewerber / Bieter ohne Vorabinformation direkt durch den öffentlichen Auftraggeber informiert oder die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, muss er einen Nachprüfungsantrag innerhalb von 30 Tagen einlegen, selbst bei unterbliebener Information jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss (§ 135 Abs. 2, Abs. 1 GWB). Neben den vorgenannten Rechtsbehelfsfristen sind folgende Rügefristen zu beachten: — Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu

rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB). — Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB).

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Kolping-Mainfranken GmbH

Registrierungsnummer: DE 209543830

Postanschrift: Kolpingplatz 1

Stadt: Würzburg

Postleitzahl: 97070

Land, Gliederung (NUTS): Würzburg, Kreisfreie Stadt (DE263)

Land: Deutschland

E-Mail: info@kolping-mainfranken.de

Telefon: +49 931 4537-1520

Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av2833d5-eu>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern der Regierung von Mittelfranken

Registrierungsnummer: 0000

Postanschrift: Promenade 27

Stadt: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: +49 98153-1277

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 75b9b8a1-a6ef-4d10-b414-e882821255fc - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/10/2026 09:10:02 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 700833-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 197/2026

Datum der Veröffentlichung: 12/10/2026